

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 158 (1992)

Heft: 7-8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europa

Die Westeuropäische Union (WEU)

Anlässlich des EG-Gipfels in Maastricht sollte mit dem Abschluss der Vertragsverhandlungen zur Politischen Union die Basis für eine europäische Sicherheitspolitik geschaffen werden. Bisher spielte die WEU, die aus neun Mitgliedsstaaten besteht (Belgien, Niederlande, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg, Grossbritannien, Spanien und Portugal), im Schatten der NATO eine untergeordnete Rolle. Jetzt sollen ihr neue, grössere Aufgaben zugewiesen werden. Nach dem Vertrag von Maastricht wird die WEU als integraler Bestandteil in das Europäische Einigungswerk einbezogen. Mit dem Ziel, nach und nach eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln und eine grössere europäische Verantwortung in Verteidigungsfragen zu übernehmen. Sie soll stufenweise zur «Verteidigungskomponente» der künftigen Europäischen Union ausgebaut werden. Damit würde auch die Rolle der Europäer in der NATO gestärkt. Mit den europäischen NATO-Staaten (Norwegen und Türkei) sind Assoziierungsabkommen geplant.

Die NATO hatte bereits vor einiger Zeit ihr prinzipielles Wohlverhalten gegenüber der neuen Rolle der WEU gepaart mit einer unmissverständlichen Positionsbeschreibung deutlich gemacht. Die Allianz müsse die wichtigste Organisation europäischer Sicherheit bleiben. Die WEU dürfe kein Konkurrenzunternehmen werden, sie könne aber zu einer Organisation werden, in der unter dem Dach der NATO die Europäer ihre sicherheitspolitischen Meinungen koordinieren sollen. Damit wird aber vorerst das Dilemma der WEU deutlich.

Hatte die WEU bisher nur beratende Aufgaben, so soll sie künftig im Rahmen der Europäischen Union die verteidigungspolitischen Entscheidungen und Aktionen der Union ausarbeiten und durchführen. Allerdings bestehen diesbezüglich noch viele Unklarheiten und unterschiedliche Vorstellungen über Funktion und Aufgaben der WEU. Bis-

her konnte lediglich ein Konsens über die Errichtung eines Zentrums für die Auswertung von Satellitendaten, mit Sitz in Spanien, erzielt werden. Im weiteren wurde eine Studien-gruppe mit der Klärung der Frage betraut, ob künftig ein europäisches weltraumgestütztes Aufklärungs- und Überwachungssystem notwendig sei. Am 1. Oktober dieses Jahres wird zudem ein Stab aus 40 Offizieren mit der Ausarbeitung der Organisations- und Einsatzplanung für ein «Eurokorps» beginnen. In ferner Zukunft ist auch die Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur und einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsakademie vorgesehen. Bisherige Organe der WEU sind der Rat und die Parlamentarische Versammlung. Der Rat tritt entweder als Ministerrat der Aussen- und Verteidigungsminister oder als Ständiger Rat der Botschafter zusammen. Als neuer Sitz des Rates und des WEU-Generalsekretariats ist Brüssel vorgesehen (bisher war dieser in London). hg

WEU: Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Beobachtungssatelliten

Eine neue Richtung auf dem Gebiet der Zusammenarbeit westeuropäischer Staaten im Bereiche der Nachrichtensatelliten wurde mit dem Programm HELIOS eingeschlagen, an dem Frankreich, Spanien und Italien mitwirken. Es handelt sich dabei um den ersten europäischen militärischen Beobachtungssatelliten, dessen Realisierung relativ spät (1989) an die Hand genommen wurde, nicht zuletzt wegen der sich abzeichnenden Bedürfnisse, über die Lage im Persischen Golf auf dem laufenden zu sein.

1989 lancierten die WEU-Minister eine Studie, die klären sollte, inwiefern bestehende oder projektierte Satellitensysteme (zum Beispiel Spot, Landsat) oder neu geplante Systeme die erwünschten Nachrichten liefern könnten. Daraus resultierte, dass mit diesen Mitteln der Truppenabbau, die Umwelt sowie die

Entwicklung einer Krise in einem relativ kleinen Gebiet beobachtet werden kann. Sie stellen ein heute notwendiges Mittel für die Landinspektionen dar, auf die nicht mehr verzichtet werden kann.

Um aber grössere Krisen mitverfolgen zu können (wie zum Beispiel derzeit in Jugoslawien), müssen militärische Beobachtungssatelliten noch grössere Räume im Auge behalten können und dazu ein noch grösseres Auflösungsvermögen besitzen.

Auch wenn es um ökologische Krisen oder natur- und humanbedingte Katastrophen handelt (Brandstiftung bei Ölförderungsanlagen in Kuwait), müssen Beobachtungssatelliten in der Lage sein, die Phänomene frühzeitig zu erkennen und sie dann zu überwachen, wenn sie für die WEU-Staaten relevant sind.

Im Juni 1991 wurde deshalb die Errichtung einer Satelliten-

zentrale in Torrejon (Spanien) beschlossen, die in drei Jahren aufzeigen soll, dass Satellitenaufnahmen tatsächlich die erhofften Resultate beibringen können. Andererseits muss diese Zentrale auch laufend die benötigten Analysten ausbilden. Sie wird 20 Fotoauswerter umfassen und 30 weitere Personen, die Bilder nicht nur von «kommerziellen» Satelliten, sondern auch aus militärischen Quellen bearbeiten werden. Frankreich, Spanien und Italien werden unter bestimmten Bedingungen ab 1994 nämlich auch HELIOS-Aufnahmen liefern.

Parallel dazu haben die westeuropäischen Verteidigungsminister einen Kredit von 5 Millionen Ecu gesprochen für eine Studie über die Realisierung eines militärischen Beobachtungssatelliten-netzes, damit die WEU mittelfristig auf diesem Gebiet autonom werden kann. Bt

NATO

Das zukünftige Rapid Reaction Corps der NATO

Die NATO beabsichtigt, ein mobiles, multinationales, extrem flexibles und über den ganzen Einsatzraum verteiltes Element zu bilden: Das Rapid Reaction Corps (RRC). Kürzlich wurden erste Details über dessen Zusammensetzung bekannt.

Aufgabe

Die Aufgabe des RRC besteht darin, eine abschreckende Wirkung auf mögliche künftige Bedrohungen auszuüben. Falls notwendig, muss damit rasch und bedrohungsgerecht reagiert werden können. Das RRC ist mit seinen 70 000 Mann die terrestrische Hauptkomponente der Rapid Reaction Forces, die ausserdem Luft- und Seestreitkräfte umfassen. Zum RRC gehört auch die ACE Mobil Force (AMF) mit ihren 5000 Mann leichtbewaffneter Bodentruppen, die in 72 Stunden einsatzbereit sind und die seit 1960 bestehen.

Zusammensetzung

Das RRC besteht aus vier unterschiedlichen Divisionen. Die britische Panzerdivision, die vier Panzerbrigaden umfasst, wird in Deutschland sta-

tioniert sein. Die zweite Division ist ein luftmobiler Grosser Verband, der aus einer deutschen Brigade, einer belgisch-holländischen Brigade und der 24. britischen luftmobilen Brigade gebildet wird. Die dritte Division wird ebenfalls britischer Herkunft sein mit ihrer 5. Lufttransportierten Brigade, einer Mechanisierten Brigade und wahrscheinlich der «Commando-Brigade der Royal Marines». Sie wird in Südengland stationiert und eine Zweitaufgabe in nationalem Rahmen wahrnehmen. Die letzte Division schliesslich wird an der NATO-Südflanke stehen und Einheiten Griechenlands, Italiens und der Türkei aufweisen.

Das Hauptquartier des RRC wird in Deutschland sein, Kommandant ist ein britischer General. In Belgien (Mons) wird ein multinationaler Einsatzplanungsstab für das RRC arbeiten.

Die Zusammensetzung des RRC weist interessante Aspekte auf: Zunächst fällt das Fehlen amerikanischer Elemente auf. Man wird auch vergeblich französische und spanische Truppenteile suchen. Die unterschiedliche Beschaffenheit der Komponenten wird Probleme mit sich bringen. Im Grunde ist eine einzige Pan-



Verstärkung leichter luftmobiler Infanterieverbände durch Helikopter: Ein britischer CH-47 bringt ein Light Gun 105 mm in Stellung.

zerdivision vorhanden mit all den Konsequenzen, die der moderne Einsatz eines derartigen Grossen Verbandes aufweist (siehe Golfkrieg). Die zweite Division wird ein multinationaler luftmobiler Verband sein mit einer grossen Anzahl Helikopter.

Die beiden restlichen Divisionen werden kleiner und leichter bewaffnet sein. Eine davon ist multinational zusammengesetzt. In Friedenszeiten wird das RRC aufgeteilt sein auf Standorte in Belgien, Deutschland, Grossbritannien, Griechenland, Italien, Niederlande und der Türkei.

Auftrag

Ein weiteres Problem stellen die möglichen Aufträge des RRC dar. Es wird nämlich in unvorhergesehenen Lagen eingesetzt und muss überall im NATO-Raum aufmarschieren können. Hier könnten Zweifel angebracht sein, angesichts der grossen Unterschiede der einzelnen Komponenten des RRC. Es ist zum Beispiel nicht angezeigt, die luftmobile und die Panzerdivision operativ unter ein und dasselbe Kommando zu stellen.

Ungeklärt ist die Frage, ob das RRC ganz oder in Teilen nicht auch ausserhalb des NATO-Gebietes aufmarschieren sollte, wie dies im Golfkrieg der Fall war. Hier werden die Politiker gefordert sein.

Die Luftunterstützung

In der Öffentlichkeit ist zurzeit noch unklar, welche Luftunterstützung das RRC benötigt. Dazu gehören erstens eine Helikopterkomponente für die Panzerabwehr-, Auf-

klärungs-, Verbindungs-, Transport- und Sanitätseinsätze. Die französische luftmobile Division der «Force d'Action Rapide» verfügt z. B. über 157 leichte und 84 mittlere Helikopter. Zweitens wird das RRC auf die Luftwaffen der NATO-Länder für die offensive Luftunterstützung angewiesen sein, die bereits in Friedenszeiten geplant und eingeübt werden muss, was eine Aufgabe des Planungsstabes wird.

Schliesslich muss eine grosse Lufttransportkapazität zur Verfügung stehen.

Das Kommando

Die bisher vorliegenden Informationen lassen vermuten, dass das Hauptquartier des RRC aus einem fast ausschliesslich britischen Stab gebildet wird, währenddem der Planungsstab multinational zusammengesetzt sein wird. Hinter diesem Phänomen könnte der Gedanke stehen, dass in einem modernen Krieg ein derartiges Kommando sehr flexibel sein muss, so dass die Formationen auf dem Schlachtfeld ohne Verzögerungen bewegt und direkt oder unterstellt eingesetzt werden können.

Die Nachrichten- und Übermittlungssysteme

innerhalb des RRC sowie zwischen Korps und der vorgeetzten Stufe müssen genauestens studiert werden. Zurzeit existieren noch – trotz jahrelanger Bemühungen – sehr unterschiedliche Systeme innerhalb der NATO. Besonders gravierend wird dieses Problem für die luftmobilen Divisionen auf Divisionsebene sowie auf

Brigadestufe (belgisch/niederländisch). Die zurzeit vorhandenen Systeme sind nämlich nicht voll operationell.

Die Logistik

Entscheidend für den Einsatz des RRC wird die logistische Unterstützung sein. Doch darüber ist bisher wenig bekanntgeworden. Die beiden Hauptprobleme sind hier: Der Aufmarsch und die Versorgung im Feld.

Der Golfkrieg hat gezeigt, dass man Grosse Verbände wie das amerikanische VII. Korps oder die 1. Britische Panzerdivision verschieben kann, obwohl sie bisher für einen Einsatz ausserhalb Deutschlands nicht vorgesehen waren. Die Leichten Brigaden und die Mannschaften werden vermutlich zunächst auf dem Luftweg verschoben werden müssen. Flugzeuge wie die C-5 der USAF und die Antonov An-124 können schwere Mittel transportieren, doch reichen diese bei weitem nicht aus. In einer ersten Phase müssen alle

diese Transporte unter militärischer Kontrolle ablaufen. Später können dann für die Routineaufgaben der Versorgung auch Charterflüge vorgesehen werden.

Um die grosse Zahl von Motorfahrzeugen, Kampfpanzern, schwerer Artilleriegeschütze, Versorgungs- und Munitionsfahrzeuge zu transportieren, wird eine grosse Anzahl verschiedenartigster Schiffe benötigt. Als Beispiel: Grossbritannien musste für den Transport seiner Landtruppen in den Golf 5200 Gefechtsfahrzeuge, 11700 Radfahrzeuge, 102000 t Munition und 260000 t Versorgungsgüter verschieben.

Auch wenn ein Teil der Versorgungsgüter an Ort und Stelle beschafft werden kann, benötigt eine moderne Streitmacht viele Materialien, die durch NATO-Länder beigebracht werden müssen.

Ohne Zweifel ist die Schaffung eines RRC ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung angesichts der veränderten militärpolitischen Lage. Bt

Österreich

Verteidigungsminister verlangt «Sicherheitsrat und Friedenstruppen für Europa»

Die geänderte sicherheitspolitische Lage in Europa und neue Bedrohungsformen verlangen neue Lösungen. Hiezu schlägt der österreichische Verteidigungsminister Dr. Fasslabend vor, einen «Europäischen Sicherheitsrat» und eine «ständige Friedenstruppe» zu schaffen.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist leider die von vielen erhofften Friedensepoche in Europa nicht eingetreten. Die Wahrscheinlichkeit des Entstehens lokaler und regionaler Konflikte, wie das Beispiel Jugoslawien zeigt, hat sich deutlich erhöht. Die Gründe dafür sind nicht mehr ideologischer, sondern ethnischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, mit vielfach historischen Bezügen. Gleichzeitig sind neue Rahmenbedingungen für eine zukünftige sicherheitspolitische Ordnung in Europa entstanden: der KSZE-Prozess, EG und WEU sowie die Zusammenarbeit im Rahmen des NATO-Kooperationsrates. Diese Instrumente allein reichen jedoch nicht aus.

Neue Bedrohungen

Neue Bedrohungen sind entstanden und alte sind neu bewusst geworden. Hier ragt vor allem das «Nuklearproblem» heraus. Darunter sind sowohl die Risiken der Proliferation atomarer Waffen insbesondere an Staaten der «Dritten Welt», jene bei der Kontrolle beziehungsweise Beseitigung der vorhandenen und strategischen Atomwaffen ebenso wie die Störanfälligkeit von Teilen der nuklearen Energiesysteme des Ostens zu verstehen. Die Emissionen nuklearer Stoffe aufgrund mangelhafter und mangelhaft kontrollierter Technologien, wie zum Beispiel im Fall Tschernobyl, haben gesamteuropäische Folgen.

In der «Dritten Welt» sind Auseinandersetzungen mit Auswirkungen auf Europa, wie sie mit den Golfkriegen des letzten Jahrzehnts in Erscheinung getreten sind, zu befürchten. Somit wird die Notwendigkeit des erhöhten Augenmerks auf die Sicherstellung der Gas-, Wasser-, Öl- und Stromversorgung sowie die Erhaltung der Transportwege deutlich.

schaftlichen Zusammenbruchs ehemaliger Ostblock-Staaten besteht eine zunehmende Gefährdung des inneren und sozialen Friedens.

Eine fortschreitende Umweltbeeinträchtigung könnte generell die Lebensgrundlagen der Menschen in manchen Regionen zerstören. Die Nutzung und Verteilung lebensnotwendiger Ressourcen könnte bereits kurz- und mittelfristig Anlass für militärische Konflikte sein.

Die derzeit gegebenen Instrumente und Methoden reichen nicht zur Bewältigung dieser Bedrohungen. Eine gesamteuropäische Umorientierung in der Sicherheitspolitik erscheint dringend geboten.

Die jüngste Krise auf dem Balkan hat gezeigt, dass etwa sechs Problemfelder bestehen:

1. Die Staatengemeinschaft hat ein viel zu gering ausgeprägtes Krisenbewusstsein. Die Wahrscheinlichkeit des Entstehens einer Gefahrenlage wird nicht real wahrgenommen oder verdrängt.

2. Die verfügt derzeit über kein effizientes militärisches Instrumentarium. Politische und ökonomische Massnahmen wirken nur äusserst begrenzt.

3. Potentiell wirksame stabilisierende Instrumente wie Friedenstruppen bedürfen derzeit einer Konsenslösung und müssen erst mühsam organisiert werden.

4. Die Staatengemeinschaft tendiert zu halbherzigen Lösungen in bezug auf Umfang und Qualität und hat kein geeignetes Finanzierungsinstrument.

5. Die Frage der Legitimität derartiger Einsätze bei Wegfall des Konsenses ist offen.

6. Der Einsatz internationaler Truppen erscheint im Fall intensiverer Auseinandersetzungen im Hinblick auf die demokratische Verantwortlichkeit der nationalen Regierungen gegenüber der Bevölkerung in den Entsendestaaten nicht gesichert (Problem der Freiwilligkeit).

Lösungsmodell

Als Lösungsvorschlag stellt der österreichische Minister zur Diskussion: Ein «Europäischer Sicherheitsrat» sollte geschaffen werden, ein Gremium, möglichst unabhängig von

aussereuropäischen Interessen, mit einem einstufigen Beschlussverfahren, das rasch entscheidet und nicht dem Prinzip der Einstimmigkeit unterliegt.

Dieser «Rat» müsste über ein Instrumentarium zur Durchsetzung von friedenserhaltenden Massnahmen verfügen. Eine «ständige Friedensgruppe» in der Grössenordnung von 30 000 bis 60 000 Mann erscheint dafür geeignet. Die Teilnahme daran sollte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit erfolgen.

Hinsichtlich der Nuklearprobleme bedarf es der vermehrten Kooperation. Die Bewältigung des Problems muss als gemeinsame Aufgabe angesehen werden. Nonproliferation und Kontrolle beziehungsweise Beseitigung der Systeme im militärischen Bereich würden Aufgaben für bestehende Sicherheitssysteme (KSZE, NATO, WEU) unter Einschluss aller Atommächte sein. Die Beseitigung der Gefahren im zivilen Bereich müsste von der EG bewältigt werden.

Probleme der Migration und des Kampfes gegen das organisierte Verbrechen im grossen Stil bedürfen der Ausrichtung der nationalen und internationalen Sicherheitsstrukturen auf derartige Probleme und deren Behandlung nach dem Prinzip der Solidarität. Präventive Massnahmen sind unverzichtbar. Wirtschaftliche und soziale Stabilisierung sowie eine friedliche Beilegung von Konflikten sind unbedingte Voraussetzungen dafür. Eine regionale und aufgabenbezogene Aufgabenteilung innerhalb der westlichen Staatenwelt erscheint unumgänglich. Regionale Partnerschaften könnten ein rasch wirksames Instrumentarium darstellen.

In Zukunft geht es in Europa nach dem Wegfall des biopolaren Gegensatzes vor allem um eine neue europäische Stabilität auf der Basis des «inneren Gleichgewichts». Dies verlangt ein hohes Mass an Eigenverantwortung der Staaten ebenso wie eine Bereitschaft zur Kooperation und ein hohes Ausmass an solidarischem Verhalten. Ein neues, rasch zu schaffendes Sicherheitssystem für Europa ist unverzichtbar, resümierte der Minister und sprach damit sicherlich den Wunsch vieler Europäer aus.

TPM

Ungarn

Aktuelle Bestände der Honvéd-Armee

Das Wochenblatt des ungarischen Verteidigungsministeriums «Magyar Honvéd» hat in einer seiner letzten Ausgaben die zahlenmässige Stärke der neuen ungarischen Armee offengelegt.

Danach verfügt die Honvéd-Armee zurzeit über 80 000 Soldaten. Das Heer zählt dabei 62 680 Mann, davon sind 40 000 Wehrpflichtige, die in den Streitkräften ihren Präsenzdienst leisten.

Die Honvéd-Armee hat zurzeit 1345 Panzer. Sie sind ausnahmslos sowjetischer Bauart. Von den Panzertypen T-54 und T-55 gibt es 1135, an modernen Panzern T-72 sind insgesamt 138 vorhanden. Dazu kommen 72 veraltete T-34/85. Daneben verfügt Ungarn noch über 1764 gepanzerte Kampffahrzeuge (Schützenpanzer). Bei den Heeresfliegern stehen noch über 122 Helikopter verschiedener Typen und für diverse Aufgaben im Ein-

satz. Das Oberkommando der Luftabwehr besitzt insgesamt 111 Kampfflugzeuge, davon 85 MiG-21 Fishbed, 12 MiG-23 Flogger und 14 Jagdbomber vom Typ Su-22.

Die Honvéd-Armee verfügt heute über keine Raketen-Truppen mehr. Die einzige Raketen-Brigade, die früher über Boden-Boden-Lenkwaffensysteme SCUD-B verfügte, wurde 1991 aufgelöst. Heute verfügt das Heer lediglich noch über gepanzerte Fahrzeuge, die mit panzerbrechenden Lenkwaffen (PAL) bewaffnet sind. Davon stehen noch 147 Systeme im Einsatz.

Gemäss Aussagen des ungarischen Verteidigungsministers Lajos Für soll in nächster Zeit vor allem die Luftverteidigung modernisiert werden. Gegenwärtig sei dies der verwundbarste Punkt innerhalb der ungarischen Landesverteidigung. Durch eine Reihe bilateraler und multilateraler Verträge versucht Ungarn derzeit eine Einbindung ins europäische Sicherheitssystem zu erreichen. P.G.



Die ungarischen Streitkräfte sind heute noch ausschliesslich mit östlichem Material ausgerüstet (Bild Mg PKMS). Künftig wird auch die Beschaffung von westlichen Waffen ins Auge gefasst.

Russland

Waffenexportanstrengungen sollen weiter verstärkt werden

Die sich laufend verschlechternde Wirtschaftslage und der prekäre Devisenmangel haben zur Folge, dass sich in Russland die Politiker für eine unmittelbare Förderung des Waffenex-

ports aussprechen. Bereits Ende Februar dieses Jahres hatte der russische Präsident Jelzin ein Dekret erlassen, das den Verkauf von rund 1600 Kampfflugzeugen aus den Beständen der früheren sowjetischen Luftstreitkräfte freigibt. Diese Verkäufe sollen über das russische Ministerium

für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen abgewickelt werden. Mit dem Erlös soll nebst der allgemeinen Unterstützung der Rüstungsindustrie auch die Forschung und Entwicklung innerhalb der Luft- und Raumfahrtindustrie gefördert werden.

Auch Politiker aus anderen Republiken treten vermehrt als Vertreter der ehemals sowjetischen Rüstungsindustrie auf. Angeboten werden nebst Luftkampfmitteln insbesondere auch Kampfpanzer der Typen T-72 und T-80, Schützenpanzer sowie Flab-Lenkwaffensysteme. Grösstenteils soll es sich dabei um neue, aber bereits produzierte Waffensysteme handeln. Um auf dem übersättigten Internationalen Waffenmarkt Käufer zu finden, werden die Waffen zu Discountpreisen angeboten. Ein neuer Kampfpanzer T-80 soll ungefähr die Hälfte eines deutschen Leopard 2 oder eines amerikanischen M-1 kosten. Neuwertige Panzer vom Typ T-72, die in den letzten zwei Jahren auf Halbe produziert worden sind, sollen noch umgerechnet 150 000–200 000 Fr. kosten. Als mögliche künftige Kunden für ehemals sowjetische Waffen stehen nebst einigen Staaten im Nahen/Mittleren Osten (siehe ASMZ Nr. 5/92) noch folgende Länder im Gespräch: – Pakistan, Malaysia, Thailand, Indonesien

– und sogar das NATO-Land Türkei.

Trotz diesen verstärkten Anstrengungen dürften sich für die ehemals sowjetische Rüstungsindustrie in nächster Zeit keine grossen Waffenexporterfolge abzeichnen. Die unsichere wirtschaftliche und politische Situation, die sich auch negativ auf die Lieferbedingungen und die technische Abwicklung von Geschäften auswirken, dürfte vorderhand die meisten potentiellen Interessenten vor Waffenkäufen aus dem militärisch-industriellen Komplex Russlands abschrecken.

Allerdings hat kürzlich der russische Berater für Fragen der Konversion in der Waffenindustrie eine teilweise Umstellung des heutigen militärisch-industriellen Komplexes in eine offene konkurrenzfähige Waffenexportindustrie angekündigt. Nach einer Regenerierungs- und Modernisierungsphase soll mit dem Erlös aus sofortigen Waffenverkäufen eine konkurrenzfähige Rüstungsindustrie aufgebaut werden.

Im Auge behalten wird vor allem auch der Aufbau von republikseigenen Streitkräften. Man hofft, dass sich diese zusammen mit übrigen Oststaaten und auch vermehrt wieder mit Ländern aus der Dritten Welt für die Beschaffung russischer Waffen entscheiden werden. hg

China

Neue Waffensysteme aus dem Fernen Osten

China ist heute einer der grössten Waffenexporteure der Welt. Im Jahre 1990 soll China für 2,6 Mia. US-Dollar Waffen- und Gerätesysteme vorwiegend in Länder der Dritten und Vierten Welt geliefert haben. Vorteile der chinesischen Militärprodukte sind die konkurrenzlosen Preise, die Einfachheit und Robustheit der Waffen.

Bereits heute sind chinesische Waffen weltweit verbreitet: Sowohl Iran wie der Irak setzten seinerzeit Waffen aus chinesischer Produktion gegeneinander ein. Irak soll in den Jahren 1987 bis 1990 Kriegsmaterial für mindestens 3 Mia. US-Dollar aus diesem

fernestlichen Land beschafft haben.

Währenddem China früher vor allem ausländisches – meist ehemals sowjetisches Wehrmaterial – nachbaute, hat es unterdessen auch interessante eigene Neuentwicklungen vorzuzeigen. Grösster Rüstungsbetrieb ist die NORINCO (China North Industries Corporation), die im Jahre 1980 gegründet wurde. Unterdessen umfasst dieser Staatsbetrieb ungefähr 150 einzelne Fabriken und Forschungsstätten. Der jährliche Umsatz soll unterdessen umgerechnet an die 10 Mia. US-Dollar erreicht haben.

Bei den Kampfpanzern wurden bis vor kurzem die früheren sowjetischen Typen T-54/T-55/T-62 kopiert und in weiterentwickelten Versionen (TR-59/TR-69) angeboten. In



Schwerer Mehrfachraketenwerfer WM-80 vom Kaliber 273 mm, der heute von China zum Verkauf angeboten wird.

den 80er Jahren wurden die Panzer der Typen 80 und 85 entwickelt, und vor kurzem wurde erstmals der Kampfpanzer «Type 90-II» vorgestellt. Ausgerüstet ist das 48 t schwere Kampffahrzeug mit einer 125-mm-Kanone. Im Bereich der Schützenpanzer konzentriert man sich auf die Typenfamilie 90, die eine gewisse Ähnlichkeit zu den BMP-Versionen aus der früheren Sowjetunion besitzt. Heute werden von chinesischer Seite verschiedenste Versionen dieser Schützenpanzerfamilie angeboten: Kommando-, Mannschaftstransport-, Minenwerfer-, PAL-, Sanitäts- und logistische Versionen. Dazu kommen Feuerunterstützungsfahrzeuge (Kanone 122 mm oder Mehrfachraketenwerfer) auf dem gleichen Fahrgestell.

Im Bereich der Artillerie hat das Wirken westlicher Waffentechniker nachhaltige Spuren hinterlassen. Angeboten werden mechanisierte und gezogene Kanonen vom Kaliber 155 mm mit Reichweiten bis gegen 40 km. Neustes Beispiel dafür ist das Selbstfahrgeschütz «Type 83». Daneben werden aber auch schwere Geschütze vom Kaliber 203 mm fabriziert. Je nach Munitionstyp sollen hier Schussweiten von 40 bis 50 km erreicht werden. Auffallend sind auch die Entwicklungen bei den schweren Mehrfachraketenwerfern. Neu vorgestellt und an Waffenausstellungen zum Verkauf angeboten wird der WM-80, ein Werfer mit 8 Rohren vom Kaliber 273 mm und einer maximalen Reichweite von 80 km. Eine einzelne Rakete wiegt rund 500 kg und

ist mit einem rund 150 kg schweren Gefechtskopf (diverse Sub-Munitionsarten) ausgerüstet. Beim Werfer «Type 90» handelt es sich um eine Kopie des BM-21 resp. RM-70, Kaliber 122 mm und 40 Rohren. Wie beim RM-70 werden die Raketen für die 2. Salve auf dem Werferfahrzeug mitgeführt und können automatisch nachgeladen werden.

Zu erwähnen sind auch die diversen Neuentwicklungen im Flab-Bereich: Zwillingsskanonen vom Kaliber 35 oder 37 mm, Flab Lenkwaffensysteme PL-9 auf einem Radfahrzeug. Dazu werden, wie übrigens auch im Artilleriebereich, die heute benötigten Überwachungs-, Führungs- und Feuerleitsysteme (C³I-Komponenten) angeboten.

China dürfte beabsichtigen, mit seinen Rüstungsgütern insbesondere Staaten der Dritten Welt anzusprechen. Offensichtlich hofft man, einen möglichst grossen Anteil der früheren osteuropäischen Waffenexporte für sich zu gewinnen. Es muss angenommen werden, dass über kurz oder lang in diversen Ländern der Dritten und auch Vierten Welt trotz Abrüstungsanstrengungen zunehmend Waffen- und Gerätesysteme aus chinesischer Produktion anzutreffen sind. Bt ■